2004, Ausgabe 2

15.02.2004

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

Themen in dieser Ausgabe:

- GRÜNE vor der Wahl: Gladbecker wollen in den Kreis
- Schulzeugnisvergabe
- Solarenergieförderung
- Sportpauschale
- Städtepartnerschaft mit Marcq-en-Baroeul
- Ausbildungsabgabe
- Gentechnikgesetz

In dieser Ausgabe:

Gladbecker GRÜNE willen in den Kreistag!	1
Förderempfehlung statt Sitzenbleiben!	2
Bürger lassen Verwaltung bei Solarenergie alt aussehen	2
Grüne fordern Bericht zur Sportpauschale in Gladbeck	3
40 Jahre Städtepartnerschaft mit Marcq-en-Baroeul	3
Vorrang für freiwillige Lösungen	4
Interview mit Umweltministerin Bärbel Höhn	4

Gladbecker GRÜNE wollen in den Kreistag!

[14.02.04] Bündnis 90 / Die Grünen im Kreis Recklinghausen haben am heutigen Samstag im Rahmen einer Mitgliederversammlung im Großen Sitzungssaal des Kreishauses ihre KandidatInnen für das Amt des Landrats und für den Kreistag gewählt. Dabei konnten die BewerberInnen aus Gladbeck aussichtsreiche Listenplätze besetzen.

Foto (v.l.n.r.): Sabine von der Beck (Listenplatz 1), Franz Wegener (Platz 9), Mario

Grüne Bewerberin um das Amt des Landrats und zugleich Spitzenkandidatin für den Kreistag wurde die derzeitige stellvertretende Landrätin Sabine von der Beck aus Marl. Gleich dahinter auf den zweiten Listenplatz wurde mit dem Vorsitzenden der hiesigen Ratsfraktion, **Mario Herrmann**, der erste Gladbecker Kandidat gewählt. Die Geschäftsführerin und kulturpolitische Sprecherin der Gladbecker Ratsfraktion, **Eva-Maria Stuckel,** erreichte Platz fünf und wird ebenfalls im Herbst für Gladbeck in den Kreistag einziehen. **Franz Wegener**, ehemaliger Gladbecker Ratsherr, setzte sich auf Listenplatz 9 durch. Bei einem sehr guten grünen Wahlergebnis würde er somit als dritter Gladbecker den Kreistag erreichen. Außerdem wurde **Georg Laacks**, Schatzmeister und sportpolitischer Sprecher der Gladbecker Grünen, auf Platz 14 gewählt.

„Wir müssen verhindern, dass eine Partei alleine die absolute Mehrheit im Kreis stellt!“

Mario Herrmann freut sich sehr über das gute Gladbecker Ergebnis und formuliert als Ziele für die Kreistagswahl am 26. September: "Wir wollen mindestens ein Ergebnis wie 1994, als sieben Grüne in den Kreistag einziehen konnten, erreichen. Außerdem gilt es zu verhindern, dass eine Partei alleine die absolute Mehrheit dort stellt. Die Grünen konnten in der schwarz-grünen Zusammenarbeit der vergangenen viereinhalb Jahre einige wichtige Akzente setzen. Eine Rückkehr zur Alleinherrschaft, egal ob unter roten oder schwarzen Vorzeichen, wäre keine gute Perspektive für den Kreis!"

Äußerst zufrieden zeigt sich auch Stadtverbandssprecher Bernd Lehmann über das Abschneiden 'seiner Gladbecker': "Wir haben bei der parteiinternen Nominierung alle selbstgesteckten Ziele erreicht. Angesichts von zehn Kreisstädten ist es auch für die Interessen unserer Stadt hervorragend, dass wir in der nächsten Wahlperiode mit zwei bis drei Gladbecker Grünen im Kreistag vertreten sein werden. Nach der Nominierung von Theodor Schulte zum Bürgermeisterkandidaten ist die heutige Wahl der zweite erfolgreich absolvierte Schritt zur Kommunalwahl 2004. Die Wahl der grünen KandidatInnen für den Gladbecker Stadtrat ist im April vorgesehen."

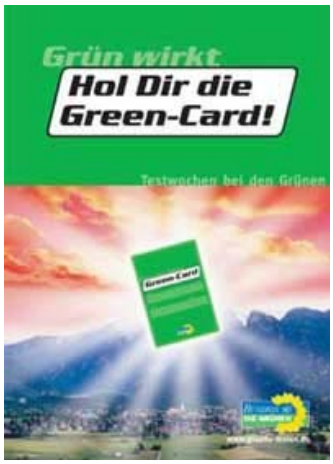
→ www.gruene-gladbeck.de

Schulte: Förderempfehlung für „Wackelkandidaten“ beugt Nichtversetzung vor!

[12.02.04] Zur Zeugnisvergabe am heutigen Freitag erklärt Theodor Schulte, Gladbecker Bürgermeisterkandidat von Bündnis 90 / Die Grünen:

"Der Tag der Zeugnisvergabe ist für manche Kinder und Jugendliche ein schwerer Tag, weil sie mit schlechten Noten oder gar dem Verweis auf die Gefährdung der Versetzung vor ihre Eltern treten müssen. Bis dato stehen die betroffenen Eltern und ihre Kinder in dieser Situation nicht selten im Regen. Damit soll nun Schluss sein.

Zum ersten Mal werden mit diesen Halbjahrszeugnissen individuelle Förderempfehlungen insbesondere für die "Wackelkandidatinnen und -kandidaten" vergeben, deren Versetzung auf der Kippe steht. Die Förderempfehlungen vermitteln den Eltern, aber auch den Lehrerinnen und



Lehrern, die das betroffene Kind unterrichten, wo Schwierigkeiten liegen und auf welchem Weg, durch welche Art der Förderung diesen abgeholfen werden kann. Auf dieser Grundlage kann das zweite Halbjahr genutzt werden, um Defizite aufzuarbeiten und dadurch der Nichtversetzung entgegenzuwirken.

Mit der Nichtversetzung verschenken wir wertvolle Lebenszeit der Kinder und Jugendlichen, und oft bringt die Klassenwiederholung keine besseren Leistungen im Unterricht. Deshalb müssen wir wie in den erfolgreichen PISA - Ländern durch individuelle Förderung ansetzen, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist. Die Förderempfehlungen sind dazu ein neues, wichtiges Instrument, das die rot-grüne Landesregierung mit diesem Schuljahr erstmals einführt."

→ Themenschwerpunkt „Schule“ der Landtagsfraktion

Bürgermeisterkandidat Theodor Schulte

„Mit der Nicht–versetzung ver–schenken wir wertvolle Lebens–zeit der Kinder.“

Bürger lassen Verwaltung bei Solarenergie alt aussehen!

[06.02.04] Photovoltaikanlagen erfreuen sich bei den Bürgerinnen und Bürgern großer Beliebtheit. Im vergangenen Jahr bezuschusste die Stadt 21 Privatanlagen, teilte der ausscheidende Bürgermeister Eckhard Schwerhoff (CDU) dem Wirtschaftsausschuss mit.

"Wieder einmal beweisen unsere Bürger, dass unsere Region als zukunftsfähiger Energiestandort auch auf das Engagement der Privathaushalte zählen kann", freut sich Bernd Lehmann, GRÜNEN-Sprecher im Bauausschuss, über die große Nachfrage nach dem kommunalen Solarprogramm. Die Nutzung erneuerbarer Energien schone Ressourcen und unterstütze die Klimaschutzziele des Bundes.

Während die Bürgerinnen und Bürger bereits in die Zukunft investieren, zeige die Stadtverwaltung selbst jedoch kein Interesse an der von ihr geförderten Technologie. Bei ihren Schulneu- bauten will

„Unsere Region kann auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger bauen!“

die Stadt keine Photovoltaikanlagen nutzen. So sei ihr Einsatz auf den Satteldächern der Antoniusschule und der Jordan-Mai-Schule wirtschaftlich nicht vertretbar, teilte das Hochbauamt auf Anfrage der GRÜNEN im letzten Bauausschuss mit. "Völlig verantwortungslos" nennt Bauausschussmitglied Lehmann eine solche Aussage.

Jedes Jahr Kinder, die auf Schuldächern Solarkollektoren anbringen, mit dem Umweltpreis auszuzeichnen und gleichzeitig jedes eigene Engagement abzulehnen, sei doppelzüngig: "Das stößt Kinder, die sich um ihre Zukunft sorgen machen, vor den Kopf!" Zudem sei der Einbau von Solaranlagen eine - angesichts steigender Energiepreise auch wirtschaftlich - sinnvolle Investition in die Zukunft: "Das von den Grünen entwickelte EEG sorgt seit inzwischen über 5 Jahren zusammen mit Zuschüssen dafür, dass Betreiber von Solaranlagen keinen Verlust machen!"

→ Solarrechner im Netz!

Die Photopholataikanlage auf dem Dach der Ingeborg-Drewitz-Gesamtschule (Foto: → Gesamtschule)

GRÜNE fordern Bericht über Sportpauschale

[20.01.04] Für die Sitzung des Sportausschuss stellte der grüne Vertreter im Ausschuss, Georg Laacks, folgenden Antrag:

Der Kommunalausschuss des Landtages hat in Düsseldorf beschlossen, dass die von der Landesregierung vorgeschlagene Sportpauschale die bisherige Projektförderung für Sportstätten der Kommunen und Vereine ablöst. Es entfallen also langwierige Antragsverfahren. Überregional bedeutsame Sportstätten können darüber hinaus noch eine zusätzliche Landesförderung erhalten.

Die Sportpauschale wird 50 Millionen Euro betragen und nicht, wie ursprünglich im Entwurf vorgesehen, nur 27 Millionen Euro. Damit werden deutlich mehr Mittel für die Sportförderung in NRW bereitgestellt als in den vergangenen Jahren. Der Pro-Kopf-Betrag für die Kommunen, die mehr als 40.000 Euro erhalten werden, wird 2,38 Euro je Einwohnerin und Einwohner betragen, für Gladbeck ca. 185.000 Euro.

Der Bericht der Verwaltung sollte die Auswirkungen dieser Änderung für Gladbeck skizzieren und die Grundlage für den Umgang mit dieser Art der Förderung (Prioritätenlisten, Verwendung der Mittel in 2004, eventuell Rückstellungen für größere Projekte) bilden.

In Abgrenzung von dieser Sportpauschale sollte der Bericht auch eingehen auf die Möglichkeiten der Förderung, dass „überregional bedeutsame Sportstätten darüber hinaus noch eine zusätzliche Landesförderung erhalten können“ (z. B. Stadion und Tribüne).

Sportausschussmitglied Georg Laacks beim Halbmarathon während des Gladbecker Septemberlaufs

40 Jahre Städtepartnerschaft mit Marcq-en-Baroeul

[20.01.04] Für die Sitzung des Sportausschuss stellte der grüne Vertreter im Ausschuss, Georg Laacks, folgenden Antrag:

In 2004 besteht die Städtepartnerschaft mit Marcq über 40 Jahre, was ja auch gebührend gefeiert werden soll. Die Verwaltung sollte darlegen, was von sportlicher Seite her in diesem Jahr in dieser Richtung geplant ist.

Wie es aussieht, ist zum Herbstfest St. Vincent am Wochenende 16./17.09.2004 ein Besuch mit Delegation in Marcq geplant. An diesem Wochenende findet auch der national und international bedeutende Halbmarathon in Marcq-en-Baroeul statt. Wir schlagen eine Initiative des Sportausschusses und der Sportverwaltung vor, mit möglichst vielen Läuferinnen und Läufern (vielleicht sogar 40!), aus Verwaltung, Politik, Sportvereinen, Lauftreffs und Bürgerschaft an diesem Lauf - zum Beispiel mit einem auf die 40-jährige Städtepartnerschaft hinweisenden Trikot - teilzunehmen.

Auf die Partnerschaften mit anderen Städten weisen auf Vorschlag der GRÜNEN die Schilder an den Ortseingängen hin.

Anfrage zu den Leitungsarbeiten in Bergarbeitersiedlungen

[14.02.04] Mit nachfolgender Anfrage wandten sich die GRÜNEN an Stadtbaurat Stojan:

nachdem die Grundstücke der Bergarbeitersiedlungen im Bereich Schultendorf und Zweckel für den Verkauf neu parzelliert wurden, werden momentan für jede Wohnungseinheit neue Anschlüsse an die öffentliche Ver- und Entsorgung hergestellt (vermutlich Wasser und Gas). Mit der Folge, dass ganze Straßenzüge in beiden Stadtteilen zur Zeit aufgerissen und Leitungen verlegt werden.

So konnten wir zwar mit Hilfe der Gestaltungssatzung die neuen Privateigentümer motivieren, sich bestimmten Gestaltungsregeln zu unterwerfen und damit das einheitliche Erscheinungsbild der Siedlung bewahren. Unsere eigenen städtischen Flächen gleichen jedoch längst einem Flickenteppich, der den ästhetischen Ansprüchen, die wir dem Bürger abverlangen, in keiner Weise gerecht wird. Durch die vielen, regelmäßigen Auf-brüche gibt das Straßenbild einen desolaten, unästhetischen Zustand wieder.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

(1) Hat sich die Verwaltung im Rahmen der anstehenden Privatisierungen (u.a. Brauck A) mit der Frage der notwendigen Ver- und Entsorgungsanschlüsse auseinander gesetzt? Wie wird die Verwaltung in Zukunft damit umgehen?

(2) Ist es nicht möglich, die Ver- und Entsorgungsanschlüsse auf den Privatgrundstücken zu verteilen, so dass ein Aufbruch der Gehwege und Straßen vermieden werden kann (Leitungsrechte, Baulasten)?

(3) Müssen Straßenzüge im Bereich Brauck A ohnehin auf absehbare Zeit er-neuert werden, so dass die Ver- und Entsorgungsträger sich an den Um- / Neubaukosten beteiligen könnten?

(4) Kann sich die Stadt andere Finanzierungsmodelle vorstellen [...]

→ weiter lesen im Netz

Straßen– und Gehwegaufbruch in der Schultenstraße

GRÜNE: Vorrang für freiwillige Lösungen bei Ausbildungsplatzabgabe

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD haben sich bei einem Spitzentreffen am Freitag auf Regelungen zur Ausbildungsplatzabgabe und zur Schwarzarbeit verständigt. Bei der Ausbildungsplatzabgabe sollen "freiwillige Lösungen Vorrang haben", betonte Grünen-Vorsitzender Reinhard Bütikofer.

Die Gespräche seien "arbeitsorientiert und nach vorne gerichtet" geführt worden, sagte Bütikofer im Anschluss an das Treffen. Die Koalition werde ein Gesetz zur Ausbildungsplatzabgabe auf den Weg bringen. Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten würden allerdings von der geplanten Abgabe ausgenommen. Bütikofer betonte, dass freiwillige Lösungen Vorrang hätten. Ein entsprechender Gesetzesentwurf werde von beiden Fraktionen in Zusammenarbeit mit der Regierung erarbeitet. Zudem solle es noch weitere Gespräche mit Gewerkschaften und der Wirtschaft geben. Rot-Grün sei sich einig, dass etwas für junge Menschen getan werden müsse: "Jugendliche brauchen eine Chance", sagte der Grünen-Politiker.
Weiterhin hat sich die Koalition auf Regelungen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit geeinigt. Bütikofer betonte, es werde deutlich unterschieden zwischen gewerblicher Schwarzarbeit und Nachbarschaftshilfe. Gewerbliche Schwarzarbeit müsse deutlich bekämpft werden und wird als Straftat durch die Zollbehörden verfolgt. Die Beschäftigung von Haushaltshilfen, die nicht angemeldet sind, wird nur als Ordnungswidrigkeit behandelt. So genannte Nachbarschaftshilfe, wie beispielsweise Kinderbetreuung, bleibt ganz außer Betracht.

NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn: „Keine gentechnisch veränderten Lebensmittel kaufen!“

Die Grüne Zeitung (GZ) interviewte NRW-Ministerin Bärbel Höhn zum neuen Gentechnikgesetz.

GZ: Das von der Bundesregierung vorgelegte Gentechnikgesetz regelt Rahmenbedingungen für die Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen. Warum kann der Anbau nicht verboten werden?

Bärbel Höhn: Die EU-Mitglieder haben entschieden, dass das Anbau-Moratorium auf EU-Ebene ausläuft, wenn eine entsprechende Kennzeichnungsregelung für Gen-Produkte vorliegt. Diese ist auf EU-Ebene geschaffen worden und es drohte, dass ein Anbau ohne Regeln in Deutschland möglich wird. Es ging also nicht darum, dass man den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen überhaupt verhindern konnte, sondern eher darum, dass man künftig wenigstens klarere Anbaubedingungen hat.

GZ: Kann eine Ausbreitung der Gen-Pflanzen verhindert werden, damit Bauern überhaupt noch gentechnikfrei produzieren können?

Bärbel Höhn: Eine der entscheidenden Fragen ist, ob den vielen Bauern, die gentechnikfrei anbauen wollen, dieses weiterhin ermöglicht werden kann. Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, dass man gentechnikfreien Anbau und Gen-Pflanzen vollkommen von einander trennen kann. Wir haben Insekten oder Pollenflug, der auch über längere Distanzen geht. Insofern werden wir damit rechnen müssen, dass es auch zu Kontamination kommen wird. Hier soll durch die Definition der guten fachlichen Praxis eine ausreichende Abstandsregel erreicht werden, um eine Kontamination möglichst auszuschließen. Der zweite Punkt ist die Haftungsfrage - falls der Öko- oder der konventionelle Bauer feststellt, dass sein Feld kontaminiert worden ist und die Pflanzen nicht mehr als gentechnikfrei zu verkaufen sind. Hier gibt es nun die Regelung, dass Bauern, die Gen-Pflanzen anbauen, Entschädigungen zahlen müssen, wenn von ihren Feldern die Kontamination ausgegangen sein könnte. Der dritte Punkt ist, dass Bauern in Register einsehen können, wo gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden und von wo Gefahr ausgehen könnte. Das sind ganz wichtige Aspekte des Gesetzentwurfes, um die so genannte Koexistenz, also das nebeneinander gentechnisch veränderten und gentechnikfreien Anbaus zu gewährleisten. So kann man in Zukunft auch weiterhin gentechnikfreien Anbau in großem Maße garantieren.

GZ: In der Uckermark in Brandenburg haben sich viele Bauern verpflichtet, keine Gentechnik anzubauen. Wird es in NRW auch derartiges geben?

Bärbel Höhn: Die EU-Kommission hat gesagt, dass sie gesetzlich geregelte, gentechnikfreie Zonen nicht zulassen wird. Es gibt aber die Möglichkeit von freiwilligen Vereinbarungen, wie in der Uckermark. Dies ist bei den Strukturen der großen Betriebe in den neuen Ländern einfacher, weil schon eine große Fläche entsteht, wenn sich ein paar Bauern zusammen tun. Bei den kleinen Betrieben in NRW ist es schwieriger, eine nennenswerte Fläche zusammen zu bekommen. Wir wollen mit den Bauernverbänden in NRW Kontakt aufnehmen, um dies auch hier zu erreichen.

GZ: Woran werden Verbraucherinnen und Verbraucher Gentechnik-Produkte erkennen können?

Bärbel Höhn: Der Öko-Landbau hat ganz klar gesagt, dass er kein gentechnisch verändertes Saatgut verwenden wird, und sich somit auf gentechnikfreien Anbau verständigt. Das Ökozeichen hilft also den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Darüber hinaus müssen wir zu einer besseren Kennzeichnung kommen, denn diese reicht noch nicht aus. Es ist z.B. so, dass Käse mit gentechnisch verändertem Lab oder Fleisch von Tieren, die gentechnisch verändertes Futter bekommen haben, nicht deklariert werden muss. Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Gen-Produkte nicht wollen, sollten durch ihren Einkauf Einfluss nehmen und keine gentechnisch veränderten Lebensmittel kaufen.

Stadtverbandssprecher Bernd Lehmann im Gespräch mit Umweltministerin Bärbel Höhn

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Gladbeck

V.i.S.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de

Grün wirkt!

ALLE INFOS FINDEN SIE IM NETZ UNTER
WWW.GRUENE-GLADBECK.DE

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

anmelden: gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

abmelden: gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

Joschka Fischer: „EU-Erweiterung ist ein historischer Schritt“

Die EU-Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten im Mai 2004 ist von größter Bedeutung für die Geschichte Europas. Das betonten alle RednerInnen in der ersten Bundestagsdebatte des Jahres zum Thema Europa. Außenminister Joschka Fischer sprach von einem "historischen Schritt", von dem auch Deutschland profitieren werde.

Darüber hinaus bietet das Jahr 2004 aber auch wieder viel weiteren europapolitischen **Diskussionsstoff**.

Nachdem im **Dezember** der Brüsseler EU-Gipfel leider zu keiner Einigung über die **Verfassung** kommen konnte, geht es jetzt darum, den **Verhandlungsprozess** wieder aufzunehmen. Die irische Ratspräsidentschaft ist seit Anfang des Jahres in intensiven Sondierungsgesprächen mit allen Beteiligten. Noch ist die **Zauberformel nicht in Sicht**, aber alle Seiten haben Kompromissbereitschaft signalisiert. Auf dem EU-Gipfel im März wird die Präsidentschaft dann einen ersten Bericht über Kompromissmöglichkeiten und das weitere Vorgehen vorlegen. Es bleibt das Ziel bündnisgrüner Europapolitik noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni zu einer Einigung über die Europäische Verfassung zu gelangen. Schließlich sollen die Bürgerinnen und Bürger bei der Europawahl wissen, auf welcher Rechtsgrundlage ihr Europäisches Parlament in den nächsten fünf Jahren arbeiten wird.

Weiterhin nimmt die **Finanzdebatte** in Europa an Schwung zu: Die EU-Kommission hat am 10. Februar ihren Vorschlag zur Finanzplanung der EU von 2007 bis 2013 vorgelegt. Die Europadebatte wird also auch die Gelegenheit bieten, hierüber eine erste Aussprache im Bundestag zu führen. Für Bündnis 90/Die Grünen steht dabei im Vordergrund, dass für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in der größer werdenden EU weiterhin ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Es muss allerdings auch ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen den Aufgaben der EU und den entstehenden Kosten erreicht werden. Die Kommission hat vorgeschlagen, dass zwischen 2007 und 2013 durchschnittlich 1,15 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Politik der EU zur Verfügung stehen soll. Die Verhandlungen darüber werden die EU in den nächsten beiden Jahren intensiv beschäftigen.

„Damit Europa nicht rechts abrutscht“